

## Demographischer Wandel in Bayern – eine Herausforderung für die amtliche Statistik

Annette Franzke, B.A.

„Älter, bunter und langfristig weniger“, so lassen sich auch in Bayern die künftigen demographischen Trends beschreiben. Die Vielfalt seiner langfristigen und tiefgreifenden Konsequenzen für den Freistaat und seine Bevölkerung ist hingegen nicht so leicht auf einen Nenner zu bringen. Denn der Rückgang, die zunehmende Alterung und die steigende ethnische sowie kulturelle Vielfalt innerhalb der bayerischen Bevölkerung sind dabei lediglich die Auslöser eines umfassenden Strukturwandels, der auf alle gesellschaftlichen Lebensbereiche einen langfristigen Einfluss nehmen wird. Wie werden sich die Kommunen in Bayern in den nächsten Jahren entwickeln? Wie viele Kindergärten, Schulen oder Pflegeeinrichtungen werden in Zukunft benötigt? Steht das Land zukünftig vor einem Erwerbspersonen- bzw. Fachkräftemangel? Und ist die vorhandene Infrastruktur angepasst an die zukünftige Wirtschafts- und Sozialstruktur sowie an das soziale Leben im gesamten Freistaat und den einzelnen Kommunen? In Bayern wird sich eine Vielzahl an demographierelevanten Handlungsfeldern ergeben, bei denen zukunftsweisende Konzepte seitens der Politik gefragt sein werden. Insbesondere die Berechnungen der amtlichen Statistik können dabei die dazu nötige Handlungs- und Datenbasis liefern. Auf dem Weg in einen demographiefesten Freistaat, welcher in der Lage ist, die Wandlungsprozesse erfolgreich und nachhaltig zu meistern, kann die amtliche Statistik dabei helfen, auf politikrelevante Fragen Antworten zu finden und sich somit rechtzeitig auf den Wandel einzustellen und eine gezielte sowie nachhaltige Strukturpolitik in Bayern zu implementieren. Denn, um es mit den Worten des Altkanzlers Willy Brandt auszudrücken: „Der beste Weg, die Zukunft vorauszusagen, ist sie zu gestalten“.

### Der demographische Wandel in Bayern: Ein Blick auf die Bevölkerungsentwicklung und die Altersstruktur im Freistaat

Um zu belastbaren Aussagen über die künftige Bevölkerungsentwicklung im Freistaat zu gelangen, bietet das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung eine Vorausberechnung der Bevölkerung als Informationsgrundlage, welche eine Abschätzung künftiger Trends ermöglicht. Diese Bevölkerungsvorausberechnung ist dabei als Modellrechnung zu verstehen, die die demographische Entwicklung in Bayern unter bestimmten Annahmen zu den Parametern Geburten, Sterbefälle und Wanderungen in die Zukunft fortschreibt und somit insgesamt einen einschätzenden Überblick darüber gibt, wie sich die Bevölkerung weiterentwickeln könnte. Mit der konkreten Frage, wie es um die demogra-

phische Zukunft des Freistaats steht, hat sich die „Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für Bayern bis 2030“ jüngst beschäftigt.<sup>1</sup> Basierend auf dem Bevölkerungsbestand zum Jahresende 2010 und unter der Annahme, dass sich die aktuellen demographischen Trends grundsätzlich auch in die Zukunft fortsetzen, wurde hier die Bevölkerungsentwicklung in den kreisfreien Städten und Landkreisen Bayerns bis zum Jahre 2030 vorausberechnet.

### Langfristig: Rückläufige Einwohnerzahl

Im Jahresvergleich wird die Bevölkerung im Jahre 2030 mit 12,53 Millionen Einwohnern demnach nur leicht unter dem Niveau von 2010 mit rund 12,54 Millionen Personen liegen und folglich weitgehend stabil bleiben. Ein differenzierter Blick zeigt jedoch, dass die Entwicklung der Einwohnerzahl im Freistaat in

<sup>1</sup> Vgl. hierzu Kurzidim, Jan (2011): Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für Bayern bis 2030. Beiträge zur Statistik Bayerns, Heft 543. München: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.).

diesen 20 Jahren nicht linear verlaufen wird. So wird die bayerische Bevölkerung mittelfristig noch zunehmen und voraussichtlich im Jahre 2019 mit 12,65 Millionen Einwohnern vorläufig ihr Maximum erreichen. Da jedoch in Zukunft mehr Menschen in Bayern sterben werden, als Kinder im Freistaat auf die Welt kommen, und die angenommenen Zuwanderungsüberschüsse aus dem Ausland dieses immer größer werdende natürliche Negativsaldo nicht auffangen können, ist mit einem langfristigen Bevölkerungsrückgang in Bayern zu rechnen, welcher auch über das Jahr 2030 hinausgehen wird. Bayerns Bevölkerung wird, den gegenwärtigen Entwicklungen nach zu urteilen, auf lange Sicht gesehen schrumpfen.

### Bayern wird älter

Begleitet wird diese Entwicklung von einer sich signifikant ändernden Altersstruktur. Denn die demographischen Trends wie die anhaltend niedrigen Geburtenraten unter dem Bestandhaltungsniveau von 2,1 Kindern je Frau und eine steigende Lebenserwartung führen langfristig zu einer Verschiebung der Anteile der einzelnen Altersgruppen an der bayerischen Gesamtbevölkerung. Lebten im Jahre 2010 noch 2,43 Millionen Heranwachsende (unter 20 Jahre) in Bayern, so wird sich diese Zahl binnen 20 Jahren um insgesamt 12,5% auf 2,12 Millionen Kinder und Jugendliche reduzieren. Auch die bayerische Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (20 bis unter 65 Jahre) wird auf lange Sicht gesehen abnehmen. Ausgehend von 7,66 Millionen Personen im Jahre 2010 wird diese Altersgruppe zwar mittelfristigen Schwankungen unterliegen, sich jedoch bis zum Ende des Berechnungszeitraums um insgesamt 7,3% verringern und auf rund 7,10 Millionen Menschen sinken. Deutliche Zuwächse wird es dagegen in der Altersgruppe der Senioren und Hochbetagten geben (65 Jahre und älter). Die im Jahre 2010 noch 2,45 Millionen Personen große Altersgruppe wird binnen 20 Jahren einen Zuwachs von 35,1% verzeichnen, und insgesamt auf 3,31 Millionen Personen anwachsen. Bis zum Jahre 2030 wird sich die Altersstruktur und vor allem die Relation zwischen Jung und Alt demnach grundlegend verändert haben: Bayerns Bevölkerung wird älter. Dieser Alterungsprozess wird auch deutlich, wenn man die Entwicklung des Durchschnittsalters in Bayern betrachtet. Dieses wird im Vorausberechnungszeitraum von 42,9 Jah-

re auf 46,6 Jahre ansteigen. Weitere wichtige Indikatoren bilden in diesem Kontext der Jugend- und der Altenquotient.<sup>2</sup> Während noch im Jahre 2010 rund 31,7 Heranwachsende auf 100 Personen im Erwerbsalter entfielen, werden es im Jahre 2030 lediglich noch 29,9 Heranwachsende sein. Der Bevölkerung im Erwerbsalter werden folglich künftig weniger Heranwachsende gegenüberstehen, jedoch dafür insgesamt immer mehr Senioren. Denn entfielen im Jahre 2010 noch 31,9 Personen über 65 Jahren auf 100 Personen im Erwerbsalter, wird sich dieser Quotient bis zum Jahre 2030 mit rund 46,6 Senioren auf 100 Erwerbstätige erheblich steigern.

### Bayerns Bevölkerung wird bunter

Bayerns Bevölkerung wird bunter. Zu diesem Ergebnis ist die kürzlich veröffentlichte „Vorausberechnung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Bayern bis 2022“ gelangt.<sup>3</sup> Auf Basis der Ergebnisse des Mikrozensus des Jahres 2009 und auch hier unter der Annahme konstanter demographischer Trends, wie dem Geburten-, Wanderungs- und Einbürgerungsverhalten sowie den Sterbefällen, wurde die Bevölkerungsentwicklung der Personen mit Migrationshintergrund bis zum Jahre 2022 vorausgerechnet und analysiert. Demnach wird die noch bis zum Jahre 2019 erwartete positive Bevölkerungsentwicklung in Bayern weitgehend durch Personen mit Migrationshintergrund getragen werden. Denn anders als die restliche bayerische Bevölkerung, wird diese Bevölkerungsgruppe von 2009 bis 2022 um 22% von 2,41 Millionen Personen auf insgesamt 2,94 Millionen Personen ansteigen. Analog dazu wird sich damit auch ihr Anteil an der bayerischen Gesamtbevölkerung von 19,2% auf insgesamt 23,3% vergrößern. Fast jeder vierte Einwohner Bayerns wird demnach über einen Migrationshintergrund verfügen. Derzeit ist es noch knapp jeder fünfte Einwohner. Zurückzuführen sind diese Entwicklungen zum einen auf Zuwanderungsgewinne und zum anderen auf die natürlichen Bevölkerungsbewegungen innerhalb der Gruppe der Personen mit Migrationshintergrund. Aufgrund ihrer jungen Altersstruktur werden Personen mit Migrationshintergrund bis zum Ende der Vorausberechnungen im Jahre 2022 aller Voraussicht nach relativ wenige Sterbefälle bei gleichzeitig vielen Geburten verzeichnen. Auch ohne Wanderungsgewinne würde diese Bevölkerungsgruppe

<sup>2</sup> Der Jugendquotient beschreibt hier die Anzahl der 0 bis 19-Jährigen im Verhältnis zu 100 Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren und der Altenquotient die Anzahl der 65-Jährigen und Älteren je 100 Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren. (Ebd.)

<sup>3</sup> Vgl. hierzu Acker, Kristin (2011): Vorausberechnung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Bayern bis 2022. Beiträge zur Statistik Bayerns, Heft 542. München: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.)

bis 2022 in Bayern daher deutlich anwachsen. Doch selbst dieser Zugewinn ist langfristig gesehen nicht im Stande, die rückläufige Entwicklung der gesamt-bayerischen Bevölkerung auszugleichen.

### Regionale Unterschiede in der Entwicklung

Die Bevölkerungszahlen in Bayern werden sich regional sehr unterschiedlich entwickeln. Oberbayern kann in den kommenden 20 Jahren als einziger Regierungsbezirk in Bayern mit einer deutlichen Bevölkerungszunahme von 6,8% rechnen, wohingegen Oberfranken sich auf einen merklichen Bevölkerungsverlust von 10,2% einstellen muss. Auch weite Teile der Oberpfalz (-3,7%) und Unterfrankens (-5,8%) müssen mit Bevölkerungsverlusten rechnen. Als weitgehend stabil werden sich hingegen die Regierungsbezirke Niederbayern (-2,0%), Schwaben (-1,7%) sowie Mittelfranken (-1,4%) erweisen. Diese Entwicklungen spiegeln sich auch auf der Kreisebene wider. Während der Landkreis München (+13,9%) mit den größten Einwohnerzuwächsen bis 2030 rechnen kann, wird Wunsiedel im Fichtelgebirge (-20,2%) aller Voraussicht nach mit den größten Verlusten rechnen müssen.

Auch wenn die bayerische Bevölkerung insgesamt altert, wird sich auch die Altersstruktur regional sehr unterschiedlich entwickeln. Mit einem durchschnittlichen Ausgangsalter von 42,4 Jahren im Jahre 2010 und einem erwarteten von 45,3 Jahren im Jahre 2030, ist und bleibt Oberbayern der jüngste bayerische Regierungsbezirk. Der älteste hingegen war und wird der Regierungsbezirk Oberfranken bleiben, welcher im Jahre 2010 ein durchschnittliches Alter von 44,2 Jahren aufwies und bis 2030 eines von 48,7 Jahren erreichen wird. Zu den jüngsten Gebieten in Bayern werden in Zukunft die Landeshauptstadt München (42,7 Jahre) sowie der Landkreis Freising (44,3 Jahre) und die kreisfreien Städte Regensburg (44,5 Jahre), Ingolstadt (44,6 Jahre), Erlangen und Würzburg (jeweils 44,7 Jahre) zählen. Die ältesten Regionen werden die Landkreise Hof und Wunsiedel im Fichtelgebirge (jeweils 51,0 Jahre) sowie Kronach (50,4 Jahre), Bad Kissingen (50,1 Jahre) und Kulmbach (50,0 Jahre) sein.

Auch die räumliche Verteilung von Personen mit Migrationshintergrund wird sich unterschiedlich entwickeln. Den höchsten Anteil an Personen mit Migra-

tionshintergrund wird in Zukunft der Regierungsbezirk Oberbayern (28%) aufweisen. War es 2009 noch fast jeder Vierte (23%), der hier über einen Migrationshintergrund verfügte, so wird sich der Bevölkerungsanteil der Personen mit Migrationshintergrund bis 2022 auf bis zu 28% erhöhen. Den niedrigsten Anteil wird voraussichtlich der Regierungsbezirk Oberfranken (16%) aufweisen. Lediglich jeder achte Bewohner besaß hier im Jahre 2009 einen Migrationshintergrund (13%). Und auch im Jahre 2022 wird voraussichtlich lediglich jeder sechste Einwohner hier über einen Migrationshintergrund verfügen (16%).

Älter, weniger, bunter. So lautet das Fazit, das aus dem Blick in die demographische Zukunft Bayerns gezogen werden kann. Auf lange Sicht gesehen, wird sich die bayerische Bevölkerung reduzieren und dabei sukzessiv älter werden. Verstärkt werden auch Personen mit Migrationshintergrund das Landesbild prägen. Doch selbst dieser Zugewinn ist nicht im Stande, das langfristige gesamt-bayerische Bevölkerungsdefizit aufheben zu können. Regional betrachtet zeigen sich insbesondere zwischen dem Nordosten und dem Süden Bayerns deutliche Unterschiede in der Intensität der demographischen Prozesse.

### Kurzer Überblick über demographierelevante Handlungsfelder

Kennzeichnend für den demographischen Wandel in Bayern werden also in Zukunft der langfristige Rückgang ab 2019 sowie die zunehmende Alterung und die stärkere Heterogenisierung der Bevölkerung sein. Der demographische Wandel ist jedoch als ein umfassender sozialer Strukturwandel zu verstehen, welcher mit seinen umfangreichen Veränderungen alle Bereiche der Gesellschaft betrifft. In Zukunft ergeben sich so eine Vielzahl an demographierelevanten Handlungsfeldern und gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen, denen zukunftsweisend begegnet werden sollte.

### Kinder und Jugendliche, Bildung

So werden der Rückgang und die Alterung der Bevölkerung eine Neuausrichtung bzw. Anpassung der sozialen, bildungspolitischen und gesundheitlichen Infrastruktur des gesamten Freistaats erfordern. Denn angesichts einer rückläufigen Zahl an Kindern

und Schülern und einer stetig zunehmenden Zahl an älteren und pflegebedürftigen Menschen, müssen die Kapazitäten der jeweiligen Einrichtungen sowohl qualitativ als auch quantitativ überdacht und neu ausgerichtet werden.

Wie viele Kindergärten oder Schulen werden in Zukunft benötigt? Laut Prognosen des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus wird Bayern in Zukunft weiterhin rückläufige Kinder- und Schülerzahlen zu verzeichnen haben, was langfristig auch zu einem regionalen Überangebot von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen führen könnte.<sup>4</sup>

### Senioren und Pflege

Auch die Entwicklung der Bevölkerung in einem höheren Alter beeinflusst die Infrastruktur des Freistaats maßgeblich. Die Menschen im Freistaat werden immer älter. Diese an sich positive Entwicklung der gestiegenen Lebenserwartung der bayerischen Einwohner stellt die zukünftige Gesellschaft jedoch vor eine Vielzahl an neuen Herausforderungen. Hierzu zählt insbesondere die zunehmende Pflegebedürftigkeit von älteren Menschen in Bayern, denn mit fortschreitendem Alter nimmt das Risiko, auf Hilfe angewiesen zu sein, deutlich zu. Wie viele Pflegeeinrichtungen werden in Zukunft gebraucht? Wie viel Pflegepersonal benötigt? Mit einem steigenden Anteil an älteren Personen an der Gesamtbevölkerung Bayerns werden diese Fragen zur zukünftigen Versorgungsqualität und dem zukünftigen Pflegepotential im Gesundheitswesen immer wichtiger. Auch die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme wird in diesem Zusammenhang vor große Herausforderungen gestellt werden.

Begleitet wird die künftige demographische Entwicklung von einem steigenden Bedarf nach altersgerechten Produkten, Dienstleistungen und Infrastrukturen. So eröffnen sich neben neuen Handlungsfeldern aber auch neue Wachstumschancen im Bereich der (Senioren-)Wirtschaft. Speziell zugeschnittene Gesundheitsgüter, altersgerechte Freizeitaktivitäten oder Wohnen für Ältere und Mehrgenerationen spielen in diesem Kontext bereits jetzt eine wichtige Rolle.

### Wohnraum

Wenn die Bevölkerung zunehmend älter wird und schrumpft, hat das auch Auswirkungen auf den Wohnraum. Wie wird die Kommune der Zukunft aussehen? Und wie werden sich die Zahl und die Zusammensetzung der Haushalte entwickeln? Wenn die Einwohnerzahl sinkt und die jungen Menschen ausbleiben oder neu bauen, können Leerstand und eine weniger ausgelastete Infrastruktur und somit auch zusätzliche Kosten die negativen Folgen sein. Bereits jetzt ist in diesem Zusammenhang ein Trend zur Individualisierung und Einpersonenhaushalten in den Kommunen zu erkennen, wobei insbesondere der Anteil der alleinlebenden Senioren steigt. Traditionelle Familienmuster haben an Bindungskraft verloren, so dass mit dem Tod des Partners oder der Partnerin, der Haushalt oftmals alleine weitergeführt wird und viele Menschen, vor allem Frauen, im Alter alleine leben. Laut Prognosen werden sich die bayerischen Kommunen in diesem Bereich jedoch regional sehr unterschiedlich entwickeln.<sup>5</sup> Denn während es bei vielen bevölkerungsstarken und verdichteten Regionen zu Engpässen auf dem Wohnungsmarkt kommen kann, werden zunehmend schrumpfende und alternde Regionen, insbesondere im ländlichen bzw. peripheren Raum Bayerns, verstärkt mit einem Überangebot an Wohnraum und Leerständen konfrontiert werden.

### Ehrenamt

In diesem Wandlungsprozess könnte speziell der Bereich des ehrenamtlichen bzw. bürgerschaftlichen Engagements von noch größerer Bedeutung sein als bisher. Wie werden sich der Bedarf und das Angebot im Ehrenamt entwickeln? Wenn aufgrund von sinkenden Bevölkerungszahlen in den Kommunen das Gemeinschaftsleben abnimmt, die Infrastruktur ausdünnert, die Individualisierung zunimmt und sich traditionelle Familienmuster auflösen, könnten generationenübergreifende Unterstützungsstrukturen und Konzepte für das soziale Leben innerhalb der bayerischen Kommunen zunehmend wichtiger werden. Jedoch äußern bereits jetzt viele ehrenamtliche Bereiche Nachwuchssorgen. Viele Angebote können allerdings nur durch das Ehrenamt ermöglicht werden, so dass die Zukunft des Ehrenamts in den Kommunen noch stärker zum Thema wird. Auch der

<sup>4</sup> Vgl. hierzu Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus (Hrsg.) (2012): Prognose zum Lehrerberuf in Bayern. Kurzbroschüre. München.

<sup>5</sup> Vgl. hierzu Bayerische Landesbodenkreditanstalt (Hrsg.) (2011): Wohnungsmarkt Bayern 2011. Beobachtung und Ausblick. München.

Gedanke, das Potential der älteren Generation zu nutzen und diese somit aktiv in das Ehrenamt zu integrieren, wäre für die Zukunft des Ehrenamts und den Dialog zwischen Jung und Alt wichtig.

### Wirtschaft und Arbeitsmarkt

Auch in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik wird man sich aufgrund der demographischen Veränderungen zunehmend auf eine veränderte Arbeits- und Erwerbsstruktur einstellen müssen. Wie steht es um das zukünftige Arbeitskräfteangebot in Bayern und in den Kommunen? In diesem Kontext wird es zunehmend wichtiger werden, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dem Arbeitsmarkt länger erhalten bleiben. Erweiterte Erwerbsphasen durch ein früheres Erwerbseintrittsalter, aber auch durch ein späteres Renteneintrittsalter werden unumgänglich sein. Auch in Hinblick auf einen in Bayern erwarteten Erwerbspersonenrückgang und einen möglichen Fachkräftemangel gilt es, auf die Potentiale der älteren Generation zurückzugreifen. Aber auch in Themen wie lebenslanges Lernen und eine angemessene Gesundheitsförderung sollte in diesem Zusammenhang investiert werden. Zur Bewältigung des demographischen Wandels in der Arbeitswelt spielen Aspekte wie eine stärkere Erwerbsbeteiligung von Frauen und Migranten sowie die adäquate Ausbildung und Qualifizierung der nachfolgenden Generationen ebenfalls eine große Rolle. Um dieses Beschäftigungspotential erschließen zu können, sind neben flexiblen Beschäftigungs-

modellen auch die passenden Betreuungsangebote sowohl für Kinder als auch für pflegebedürftige Angehörige entscheidend. Die Implementierung von allgemein familienfreundlichen Strukturen und vor allem von familienunterstützenden Bedingungen im Rahmen einer nachhaltigen Familien- und Bevölkerungspolitik sind in diesem Kontext Schlüsselfaktoren für die Attraktivität einer Kommune als Lebens- und Arbeitsort.

### Migration und Integration

Innerhalb der Kommunen und des Freistaats wird die Heterogenität der Einwohner aufgrund von Zuwanderungsgewinnen und höheren Geburtenziffern von Migranten weiter zunehmen und eine wegweisende Integrations- und Zuwanderungspolitik gefragt sein. Wie soll der Wandel der Bevölkerungsstruktur gestaltet werden? Die Implementierung von gleichen und von der sozialen Herkunft unabhängigen Bildungschancen sowie die langfristige Investition in soziale, kulturelle und vor allem berufliche Integrationsmaßnahmen werden dabei maßgeblich sein. Denn bei einer sinkenden Bevölkerungs- und Erwerbspersonenzahl geht es auch darum, das Erwerbspersonenpotential anhand von qualifizierten Personen im erwerbsfähigen Alter bedarfsgerecht zu ergänzen und so auch mit den Potentialen der Migrantinnen und Migranten zukünftig Personal- und Qualifikationslücken in Bayern zu schließen.

### Kommunen im Wandel

In einer Kommune ist die Entwicklung der Bevölkerung eng mit der Entwicklung der Finanzen bzw. dem Investitions- und Ausgabevolumen verzahnt. Wenn die Einwohnerzahl sinkt, verringern sich auch die Einnahmen durch Kaufkraft, Steuern und Gebühren und die Finanzkraft der Kommune nimmt sukzessiv ab (vgl. Abbildung).

Aber auch die Nachfrage nach Verwaltungsleistungen und der kommunalen Infrastruktur verringert sich mit abnehmender Bevölkerungszahl, so dass eine Anpassung der öffentlichen Leistungen an die veränderten Bedarfe erfolgen muss. Da eine unausgelastete Infrastruktur mehr Kosten als Nutzen mit sich bringt, werden ein stetiger Rückbau und eine Ausdünnung der sozialen Infrastruktur und Nahversorgung (bspw. Schulen, öffentliche Einrichtungen)



Quelle: Der bayerische Bürgermeister, Zeitschrift für kommunale Selbstverwaltung, 12/2011, S. 412.

vermutlich die Folge sein. Die technische Infrastruktur (bspw. Abfall- und Entsorgungssysteme), die von hohen Bestands- und Fixkosten geprägt ist, wird hingegen schwieriger an die Veränderungen anzupassen sein, so dass die öffentlichen Haushalte und kommunalen Finanzen mit abnehmender Einwohnerzahl zukünftig vor noch größere (finanzielle) Herausforderungen gestellt werden. Aus diesen Prozessen könnte sich auch eine rasante Abwärtsspirale bilden, denn der finanziell notwendige Abbau der Infrastruktur könnte zu einer verminderten Versorgungsqualität und einer sinkenden Standortattraktivität für die Einwohnerinnen und Einwohner führen. Dies würde weitere Abwanderungen begünstigen, so dass sich die Einwohnerzahl der Kommune stetig verringert und das soziale Gemeinschaftsleben sowie die Finanzkraft der Kommune kontinuierlich abnehmen. Um zukünftig Kosten zu minimieren und trotzdem eine ausreichende Versorgung gewährleisten zu können, werden inter- und intrakommunale Kooperationsformen und eine Bündelung der regionalen Ressourcen über die kleinräumige Perspektive hinaus noch wichtiger werden und sich die Verflechtung und Abhängigkeit der Kommunen untereinander verstärken.

### Zusammenfassung

Bei der Betrachtung der vielfältigen Handlungsfelder wird klar: Der demographische Wandel umfasst in seinen Konsequenzen weit mehr als den Rückgang, die zunehmende Alterung oder die stärkere Heterogenisierung der bayerischen Bevölkerung. Vielmehr ist er der Auslöser eines grundlegenden und tiefgreifenden Sozialstrukturwandels, der auf alle Lebensbereiche gleichermaßen Einfluss nimmt. Auch wenn bestimmte Auswirkungen nur mit der Zeit sichtbar werden, so ist der demographische Wandel ein umfassender und langfristiger Prozess, der kurzfristig nicht einfach aufzuhalten oder umzukehren sein wird. Umso wichtiger ist es, sich rechtzeitig auf diesen Wandel einzustellen und eine gezielte und langfristig wirksame Strukturpolitik in Bayern zu gestalten. Die dazu nötige Handlungs- und Datenbasis kann dabei insbesondere die amtliche Statistik liefern. Denn auf Basis von soziodemographischen Bestandsanalysen sowie perspektivischen und regionalisierten Modellrechnungen, kann die amtliche Statistik der bayerischen Politik mit ihren Erkenntnis-

sen beratend zur Seite stehen und sie dabei unterstützen, vorausschauend und angemessen auf den demographischen Wandel zu reagieren. Trotz des gleichen Auslösers sind alle Herausforderungen sowohl in den einzelnen Handlungsfeldern als auch in den verschiedenen Regionen unterschiedlich und brauchen individuelle Lösungen. Dazu bedarf es einer soliden sowie regional und fachlich differenzierten Datengrundlage, auf der Handlungskonzepte ausgearbeitet werden können.

### Möglichkeiten zur Erweiterung des Angebots zum demographischen Wandel

Der bisher vorgestellte Überblick über die Auswirkung des demographischen Wandels zeigt, dass es in Zukunft eine Vielzahl an demographierelevanten Handlungsfeldern in Bayern geben wird, bei denen zukunftsweisende Konzepte seitens der Politik gefragt sein werden. Die dazu nötige Datengrundlage kann in diesem Zusammenhang durch die amtliche Statistik geliefert werden.

### Erwerbspersonenvorausberechnung

Die Abnahme der bayerischen Bevölkerung wird, langfristig gesehen, zu einem Rückgang des Erwerbspersonenpotentials führen. Das Erwerbspersonenpotential ist laut Bundesagentur für Arbeit als ein Maß des Arbeitskräfteangebots zu verstehen, das die Summe aller Erwerbstätigen, Erwerbslosen und der sogenannten stillen Reserve beinhaltet.<sup>6</sup> Betrachtet man die neusten Bevölkerungsvorausberechnungen für Bayern, so wird deutlich, dass sich allein die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter (20 bis unter 65 Jahre) von 7,66 Millionen Personen im Jahre 2010 bis zum Jahre 2030 um insgesamt 7,3% auf rund 7,10 Millionen Menschen verringern wird. Eine gezielte Erwerbspersonenvorausberechnung auf Basis der Informationen zur Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter sowie der Entwicklung der Erwerbsbeteiligung, könnte in diesem Zusammenhang dazu beitragen, zu reliablen und belastbaren Aussagen zum zukünftigen Erwerbspersonenpotential in Bayern zu gelangen und mögliche regionale Engpässe oder einen möglichen Arbeitskräftemangel im Freistaat frühzeitig zu erkennen. Darüber hinaus bietet sie auch die Basis für zukünftige Standortentscheidungen der Wirtschaft.

<sup>6</sup> Vgl. hierzu Bundesagentur für Arbeit: Erwerbspersonenpotential. Glossar. Stand 13.06.2006. URL: [www.statistik.arbeitsagentur.de](http://www.statistik.arbeitsagentur.de) (letzte Recherche am 16.04.2012).

### Pflegebedarfsberechnungen

Demographische Trends wie die niedrigen Geburtenzahlen und eine steigende Lebenserwartung werden in Zukunft eine langfristige Verschiebung der Anteile der einzelnen Altersgruppen an der bayerischen Gesamtbevölkerung zur Folge haben. Den mit Abstand größten Anteil wird dabei in Zukunft die Altersgruppe der Senioren und Hochbetagten (65 Jahre und älter) einnehmen, während sich die anderen Altersgruppen in ihrer Größe verringern werden. Diese Entwicklung wird viele Gesellschaftsbereiche vor neue Herausforderungen stellen. Besonders im Bereich der Pflege müssen die Kapazitäten in den jeweiligen Einrichtungen sowohl qualitativ als auch quantitativ neu ausgerichtet werden, denn die Entwicklung der Bevölkerung im höheren Alter beeinflusst maßgeblich auch die künftige Zahl der Pflegebedürftigen. Mit einer Analyse der altersspezifischen Pflegequoten und der Entwicklung der Lebenserwartung in Bayern, wären regionale Vorausberechnung zur künftigen Anzahl von Pflegebedürftigen und damit zur Identifikation von künftigen Angebotsdefiziten im Bereich von Pflegeeinrichtungen möglich. Auch könnte in diesem Zusammenhang ermittelt werden, wie viel Pflegepersonal künftig in einzelnen Regionen bzw. Landkreisen für eine ausreichende Versorgung der Einwohner benötigt wird, so dass vorausschauend agiert und geplant werden kann.

### Haushaltsprognosen

Auch in der Wohnungswirtschaft schlägt sich der demographische Wandel mit seinen vielfältigen Konsequenzen nieder. Betrachtet man die Entwicklung seit den letzten drei Jahrzehnten, so fällt auf, dass insbesondere die Einpersonenhaushalte im Vergleich zu allen anderen Haushaltstypen dominant geworden sind und ihr Anteil auch weiterhin beständig zunimmt. So waren von den insgesamt 6,06 Millionen Haushalten in Bayern im Jahre 2010 rund 39,8% Einpersonenhaushalte. Im Jahre 1970 lag dieser Anteil noch bei 24,5%. Dabei leben nicht nur mehr jüngere Menschen, sondern immer mehr auch ältere Menschen alleine. So ist die Anzahl der alleinlebenden Menschen im Alter von 65 Jahren und älter in Deutschland von 3,6 Millionen Menschen im Jahre 1980 sukzessiv auf 5,5 Millionen Menschen im Jahre 2010 angewachsen. Auch regional wirkt sich die

Dynamik des demographischen Prozesses auf die Wohnungswirtschaft sehr unterschiedlich aus. Eine Haushaltsberechnung könnte in diesem Zusammenhang aufzeigen, wie sich die Zahl und die Zusammensetzung der Haushalte in Bayern und in bestimmten Regionen zukünftig weiterentwickeln wird. Ferner könnte sie dazu beitragen, wichtige und grundlegende Informationen über die qualitative und quantitative Nachfrageveränderung in der Wohnungswirtschaft transparent zu machen und den zukünftigen Bedarf an kommunalen Diensten anhand der bayerischen Haushalte abschätzen zu können.

### Berechnungen zum Ehrenamt: Mitgliedervorausberechnungen

Ehrenamtliches Engagement ist für die Kommunen unverzichtbar. Es ist einer der zentralen Stützpfeiler für das soziale Zusammenleben in der Kommune und den Zusammenhalt des Gemeinwesens. Ohne ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger oder Verbände und Vereine, wären zahlreiche kommunale Leistungen gar nicht oder lediglich eingeschränkt verfügbar. Die Engagementquote, also der Anteil der freiwillig Engagierten an der Gesamtbevölkerung, lag dabei im Jahre 2009 bei 36% in Bayern und entsprach damit genau dem bundesweiten Durchschnitt.<sup>7</sup> Insbesondere, wenn langfristig sinkende Bevölkerungszahlen dazu führen, dass das Gemeinschaftsleben abnimmt, die Infrastruktur ausdünn und sich durch gesellschaftliche Veränderungen traditionelle Familienmuster auflösen und die Individualisierung zunimmt, werden in Zukunft verstärkt generationenübergreifende Unterstützungsstrukturen und Konzepte für das soziale Leben innerhalb der Kommunen benötigt werden, die sich auf das Ehrenamt stützen. Viele ehrenamtliche Bereiche äußern jedoch bereits jetzt Nachwuchssorgen. Laut der Freiwilligensurvey ist der Anteil der Engagierten in Deutschland zwischen 35 und 54 Jahren mit bis zu 43% am größten. Auch die jungen Menschen bilden in Deutschland eine sehr aktive Gruppe, jedoch ist ihr Engagement in der letzten Dekade kontinuierlich von 37% im Jahre 1999 auf 35% in 2009 gesunken.<sup>8</sup> Ferner sinkt der Anteil an jungen Menschen in der Bevölkerung insgesamt. Eine Vorausberechnung der Entwicklungen im Bereich des Ehrenamts könnte in diesem Zusammenhang dazu beitragen, die demographischen Auswirkungen und die alters-

<sup>7</sup> Vgl. hierzu Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (Hrsg.) (2009): Freiwilligensurvey Bayern 2009. Ergebnisse und Trends. München.

<sup>8</sup> Vgl. hierzu Gensicke, Thomas/Geiss, Sabine (2010): Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009. Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004 – 2009. München: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.).

strukturelle Verschiebung auf diesen Bereich, sowohl für ganz Bayern als auch gezielt regional, abschätzen zu können.

### Ausblick

Der bayerische Freistaat befindet sich im demographischen Wandel. Auch wenn aufgrund der Langfristigkeit dieser demographischen Prozesse bestimmte Auswirkungen und Konsequenzen nur langsam sichtbar werden, ist dieser Wandel in Bayern kurz- oder mittelfristig nicht mehr umzukehren. Eine Vielzahl an demographischen Handlungsbereichen wird deswegen in Zukunft nach einer verstärkten Aufmerksamkeit sowie zukunftsweisenden Konzepten der politischen Akteure verlangen.

Welche Anpassungsstrategien erfordert dieser Prozess? Und welche Chancen und Risiken beinhaltet dieser Wandel? Das sind die konkreten Fragen, mit der sich die Politik und die Wirtschaft nun auseinandersetzen müssen. Will man den Wandel in seinen Ursachen verstehen, seine Auswirkungen ergründen und ihn in der Zukunft gestalten und entgegenwirken, braucht man Informationen. Die dazu nötige Handlungs- und Datenbasis kann dabei insbesondere die amtliche Statistik liefern. Sie kann dabei helfen, eine Antwort auf diese Fragen zu finden und den demographischen Wandel in Bayern für alle trans-

parenter zu machen. Mit der Möglichkeit, Entwicklungen unter der Berücksichtigung aktueller Gegebenheiten und Trends für einen längeren Zeitraum vorauszuberechnen, können in Zukunft drohende Engpässe oder Defizite, aber auch Chancen und Potentiale sichtbar gemacht und entsprechende Maßnahmen frühzeitig entwickelt und eingeführt werden. Trotz gleicher Ursachen, sind die Herausforderungen in jedem Handlungsfeld unterschiedlich und fordern spezifische Lösungen. Differenzierte Berechnungen und Analysen für die einzelnen Bereiche können wichtige Informationen und Daten für künftige Maßnahmen liefern, an denen sich die Politik in ihren Entscheidungen orientieren und stützen kann. Eine Regionalisierung der Ergebnisse gibt den Landkreisen und kreisfreien Städten spezifische und passgenaue Informationen zu ihrer künftigen Entwicklung in demographierelevanten Handlungsfeldern und liefert eine stabile Datenbasis für Strukturmaßnahmen der Zukunft.

Statistische Anschlussrechnungen bilden jedoch nicht nur die Grundlage für Entscheidungen in der Gegenwart. Sie dienen auch der Evaluation politischer Entscheidungen in der Zukunft, denn auch die Wirksamkeit politischer Konzepte und Maßnahmen zur Begegnung des demographischen Wandels können auf diese Art und Weise überprüft werden.